

Beschlussvorlage

002/2009

Beratungsfolge:	Gremium:	Art der Sitzung:	
02.02.2009	Kreisausschuss	nicht öffentlich	beratend
04.03.2009	Kreistag	öffentlich	entscheidend

Tagesordnung:

Unterrichtungs- und Kontrollrechte des Kreistages

Beschlussvorschlag:

Die Informationen werden zur Kenntnis genommen.

Finanzielle Auswirkung:

Ja Nein

Produktsachkonto/Projekt:

Ansatz:

Finanzierung / noch verfügbar:

Bad Dürkheim, 26.01.2009

In Vertretung

Erhard Freunsch

Erster Kreisbeigeordneter

Seite 2 Beschlussvorlage **002/2009**

Gemäß § 26 LKO ist der Kreistag jährlich von der Landrätin in öffentlicher Sitzung über Verträge des Landkreises mit Mitgliedern des Kreistags und seiner Ausschüsse sowie mit Bediensteten der Kreisverwaltung zu unterrichten.

Der Umfang der Unterrichtspflicht ergibt sich aus § 26 Abs. 2 LKO:

„(2) Der Kreistag ist jährlich vom Landrat in öffentlicher Sitzung über Verträge des Landkreises mit Mitgliedern des Kreistages und seiner Ausschüsse sowie mit Bediensteten der Kreisverwaltung zu unterrichten, soweit es sich nicht um Geschäfte der laufenden Verwaltung, Dienst- und Arbeitsverträge mit Bediensteten der Kreisverwaltung oder sonstige im Zusammenhang mit dem Dienstverhältnis stehende Verträge handelt. Die Unterrichtspflicht gilt auch für Verträge, die Eigenbetriebe und rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts sowie Gesellschaften, an denen der Landkreis mit mindestens 50 v.H. beteiligt ist, mit Mitgliedern des Kreistags und seiner Ausschüsse sowie mit Bediensteten des Landkreises abschließen, soweit nicht gesetzliche Bestimmungen des Gesellschaftsrechts entgegenstehen.“

Zur Information des Kreistages wird mitgeteilt, dass im Jahr 2008 folgende Verträge i.S.d. § 26 Abs. 2 LKO abgeschlossen wurden.

Vertragspartner:	Architekturbüro Buhl Frau Inge Buhl Haalbergstraße 4 67273 Weisenheim/Bg. stv. Mitglied im Bau-, Umwelt- und Agrarausschuss
Vertragsgegenstand:	Beauftragung der Planung und baulichen Umsetzung des Brandschutzkonzeptes für die Carl-Orff-Realschule in Bad Dürkheim
vereinbarte Gegenleistung:	anrechenbare Baukosten bei Auftragsvergabe gemäß Sachverständigengutachten: ca. € 1,03 Mio. Honorarzone: IV, Mindestsatz Leistungsphase I - IV; Umbau- u. Modernisierungszuschlag 20 %; Mitverarbeitung der vorhandenen Bausubstanz 10 %, Bestandsaufnahme pauschal € 6.000,--, Nebenkosten 5 % Der Beauftragung liegt ein Beschluss des Bau-, Umwelt- und Agrarausschusses vom 25.02.2008 zu Grunde.